



Liebe Genossinnen und Genossen,  
 liebe Freunde,

der Endsprint in diesem Jahr steht an und es ist vom Arbeitsvolumen in Berlin so, als würde es kein nächstes Jahr geben. Der Grund dafür ist, dass wir noch sehr viel im alten Jahr beschließen müssen, damit es im nächsten Jahr in Kraft tritt. Also Ärmel hoch und so viel sozialdemokratische Forderungen umsetzen wie möglich.

Dabei wird es mit dem Koalitionspartner nicht einfacher. Es gibt mehr Konfliktgespräche als zu Anfang und manchmal wird der Knoten erst in der obersten Koalitionsrunde durchgehauen.

Den Knoten knüpfen möchte ich mit Personal- und Betriebsräten sowie Interessierten auf der Dialogveranstaltung, die ich am 10. Dezember um 18 Uhr gemeinsam mit meinem Fraktionskollegen Klaus Barthel veranstalte. Ihr seid alle ganz herzlich in den großen Saal des Reinoldinums in Dortmund eingeladen. Gemeinsam mit euch werden wir die Frage „Gute Arbeit – was heißt das eigentlich?“ diskutieren. Meldet euch einfach im Wahlkreisbüro bei Hedia an, wenn ihr dabei sein wollt.

### **Einführung des Elterngeld Plus**

Künftig werden junge Eltern Beruf und Familie besser vereinbaren können. Mit dem Anfang November verabschiedeten „Elterngeld Plus“ schaffen wir eine ganze Reihe von Verbesserungen: Eltern, die in Teilzeit arbeiten, können künftig 28 statt nur 14 Monate lang das Elterngeld beziehen. Einen Partnerschaftsbonus von vier zusätzlichen Monaten bekommen Väter und Mütter, die für die Kinderbetreuung gleichzeitig in Teilzeit gehen. Natürlich haben wir auch an Alleinerziehende gedacht. Sie können ebenfalls in Teilzeit arbeiten und das Elterngeld Plus beziehen. Schließlich sorgen wir für eine Flexibilisierung der Elternzeit. Zwischen dem dritten und achten Lebensjahr des Kindes kann künftig eine unentgeltliche Auszeit aus dem Beruf von bis zu 24 Monaten genommen werden – zusätzlich zur bisherigen Elternzeit, die bis zum dritten Lebensjahr des Kindes genommen werden kann.

#### **Kontakt**

##### Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann@bundestag.de

##### Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

[www.sabine-poschmann.de](http://www.sabine-poschmann.de)

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

#### **Links**

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

---

## **Änderung der Leistungen für Asylbewerber**

In der ersten Novemberwoche haben wir nun das Asylbewerberleistungsgesetz im Bundestag beschlossen, mit dem wir die Kommunen entlasten: Einzelne Personengruppen mit bestimmten Aufenthaltstiteln bekommen nun von Anfang an Hartz IV bzw. Sozialhilfe, das/die zum Großteil durch den Bund getragen werden. Dadurch werden die Länder und Kommunen in 2015 um 31 Mio. Euro und in 2016 um 43 Mio. Euro entlastet.

Zudem werden nun die Leistungen für Asylbewerber rechtlich sicher und transparent geregelt. Bislang hatte es nur eine Übergangsregelung gegeben. Auch die Wartezeit, bis Leistungen in gleicher Höhe wie die Sozialhilfe gezahlt werden, wird von 4 Jahre auf 15 Monate verkürzt.

Durch eine weitere Gesetzesänderung können die Kommunen jetzt flexibler und schneller Unterkünfte für Flüchtlinge bereitstellen und so besser auf die steigende Anzahl von Bewerbern reagieren.

Doch allein das wird nicht reichen, die Kommunen brauchen weitere Unterstützung. Sigmar Gabriel hat daher zu Recht Bundesmittel in Höhe von 1 Mrd. Euro für die Flüchtlingshilfe gefordert. Am 11. Dezember werden die Regierungschefs der Länder mit Kanzlerin Angela Merkel bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin darüber verhandeln.

Heute hat der Bundesrat dem Asylbewerberleistungsgesetz zugestimmt und gleichzeitig dem EU-Freizügigkeitsgesetz. Letzteres beinhaltet eine einmalige Zahlung des Bundes an die Länder für 2014 in Höhe von 25 Mio. Euro. Die Gelder gehen an die Kommunen, die am stärksten von Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten betroffen sind. NRW wird rund sechs Mio. Euro bekommen, wovon auch Dortmund profitieren wird.

---

## **Lockerung des Kooperationsverbots**

In der zweiten Sitzungswoche des Monats haben wir einiges für die Bildung in Deutschland erreicht. Zum einen Verbesserungen für die Studenten und Kommunen durch die BAföG-Reform – davon hatte ich schon berichtet.

Zum anderen durch die Lockerung des sogenannten Kooperationsverbots im Wissenschafts- und Hochschulbereich. Bislang konnte der Bund nur Hochschulprojekte bezuschussen, die zeitlich oder thematisch begrenzt waren. Künftig kann der Bund die Länder dauerhaft bei der Grundfinanzierung der Hochschulen unterstützen, wenn es von „überregionaler Bedeutung“ ist.

Damit haben wir einen ersten Schritt in Richtung unserer Forderungen, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern ganz aufzuheben, vollzogen. Für die Aufhebung des Verbots im schulischen Bereich müssen wir weiter streiten.

---

## **Kinder vor sexuellen Missbrauch schützen**

Der Umgang mit Nacktbildern wird durch ein verschärftes Sexualstrafrecht strenger geahndet. Der Besitz sogenannter Posing-Fotos, also mit Kindern

und Jugendlichen "in unnatürlich geschlechtsbetonter Körperhaltung" wird strafbar. Zudem wird klarer definiert, wann Aufnahmen als pornografisch einzustufen sind. Die Höchststrafe für den Besitz von Kinderpornographie wird ferner von derzeit zwei Jahren auf drei Jahre angehoben und Sexualdelikte verjähren künftig mit Vollendung des 50. Lebensjahres des Opfers anstatt wie bisher mit Vollendung des 30. Lebensjahres.

Das verabschiedete Gesetz wurde gegenüber dem ursprünglichen Entwurf etwas entschärft, da wir dafür Sorge tragen müssen, dass „sozial übliches und alltägliches Verhalten“ straffrei bleibt, sprich das Familienfotos von nackten Kindern weiter erlaubt sind.

---

### **Verbot von Fracking**

Unsere Umweltministerin Barbara Hendricks hat einen Gesetzentwurf zu Fracking vorgelegt. Es handelt sich dabei um eine Methode, um Gas- und Ölvorkommen zu fördern, die in Gesteinsschichten tief unter der Erdoberfläche gebunden sind. Ein Gemisch aus Wasser, Sand und chemischen Zusätzen wird unter hohem Druck in die Gesteinsschicht gepresst. Dadurch wird das Gestein aufgebrochen, um an das Gas zu kommen. Das Gesetz verbietet bis 2018 Fracking mit Chemikalien oberhalb von 3000 Metern. Ab 2018 – und das hat leider die CDU/CSU hineinverhandelt – können wissenschaftlich begleitete kommerzielle Bohrungen durchgeführt werden. Damit will man sich den Weg für diese Technologie nicht ganz versperren. Allerdings sind die Auflagen die strengsten weltweit: Eine aus sechs Institutionen und Behörden bestehende unabhängige Expertenkommission muss zuerst bestätigen, dass keine Gefahr von Fracking ausgeht. Anschließend entscheiden die Bergbau- und Wasserbehörden der Länder, ob sie in ihrem Land „fracken“ wollen oder nicht. Ihnen obliegt die letzte Entscheidung über eine Genehmigung.

All diese Punkte werden wir nun noch diskutieren.

Ich stehe der Öffnung nach 2018 sehr skeptisch gegenüber, da wir u.a. chemisch verunreinigtes Wasser als Abfallprodukt erzeugen, welches wir zurzeit nicht neutralisieren können.

---

### **Die Frauenquote kommt**

Nach langem Ringen hat der Koalitionsausschuss am 25. November den Weg für die Frauenquote frei gemacht. Noch im Dezember soll der Gesetzentwurf von Manuela Schwesig und Heiko Maas für mehr Frauen in Führungspositionen vom Kabinett beschlossen werden.

Das Ergebnis der Verhandlungen kann sich sehen lassen: Ausnahmen von dem geplanten Regelungen im Gesetzentwurf wird es nicht geben. Werden die Plätze in Aufsichtsräten nicht quotenmäßig besetzt, werden „leere Stühle“ bleiben.

Die neuen Regelungen für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen werden für spürbare Veränderungen in unseren Unternehmen und Betrieben sorgen. Frauen werden künftig nicht mehr – trotz bester Qualifikation – vor verschlossenen Chefetagen stehen.

Durch das Gesetz wird zudem die Wirtschaft voran gebracht. Frauen in Führungspositionen erhöhen den Unternehmenserfolg, wie immer mehr Studien nachweisen. Das Argument der Unionsparteien, dass das Quotengesetz der Wirtschaft schade, ist daher nichtig und hat sich zu Recht in den Verhandlungen nicht durchgesetzt. Stattdessen wurde der Weg frei gemacht für einen weiteren Schritt zur Gleichstellung der Geschlechter.

---

### **Haushalt für 2015 und Finanzplan bis 2018 verabschiedet**

In dieser Woche haben wir im Bundestag den Haushalt für das nächste Jahr beschlossen. Wir erhöhen unter anderem die Mittel für Bildung und Forschung, für den Erhalt unserer Verkehrswege, für den sozialen Städtebau und für die Entlastung der Kommunen. Und gleichzeitig sind erstmals keine neuen Schulden im Haushalt vorgesehen.

Wir haben in den Wochen zuvor Änderungsanträge ausgearbeitet und unsere Haushälter haben hart mit der CDU/CSU verhandelt. Aber es hat sich gelohnt: Gegenüber den ersten Haushaltsentwürfen konnten wir Umschichtungen durchsetzen oder einige Kürzungen zurücknehmen, die für die Finanzierung des Betreuungsgeldes vorgesehen waren. Im Ergebnis haben wir u.a. mehr Mittel für die Bundespolizei, das THW, Flüchtlingshilfe, Jugendmigrationsdienste, Forschung und für die Problematik deutscher IS-Kämpfer erstritten.

Für die Jahre 2016 bis 2018 konnten wir zudem 10 Mrd. Euro für weitere Investitionen vereinbaren. Wie das Geld verwendet wird, beraten wir mit dem Haushalt für 2016. Wir werden uns dafür einsetzen, dass wir damit die Investitionskraft der Kommunen stärken und Effizienzmaßnahmen im Sinne der Umwelt voranbringen.

---

Noch zwei Sitzungswochen liegen vor mir. In der nächsten Woche rede ich zum 3. Mal im Bundestag, diesmal zum Thema Handwerk und Meisterbrief. Auch in meinem Wahlkreis ist noch einiges los: eine türkische Delegation hat sich angemeldet, zwei Deutsche-Bahn-Termine bezüglich Stadtteilbahnhöfen, die vorn angekündigte Dialogveranstaltung mit Personal- und Betriebsräten, zwei Jubilar-Ehrungen, „Aktion Roter Tannenbaum“ und das schönste, ein Nicolaus-Musical mit meinem Sohn.

Ich wünsche euch allen einen schönen ersten Advent.

Bis bald, eure

*Sabine*